

Die Belastungsgrenze ist erreicht (Nr. 79)

Letzte Aktualisierung Freitag, 27. Juli 2018

Änderungen der Energiepolitik dringend erforderlich

Die als Fortschritt und Zukunftsperspektive versprochene Umsetzung der Brandenburger Energiestrategie 2030 erlebt die Landbevölkerung in ihrem Lebensumfeld flächendeckend als eine ausufernde

Monokultur der Feldlandschaften rings um die Dörfer.

Die

Nitratbelastungen der auf Höchstleistung getrimmten Böden mit einhergehender Verunreinigung von Grund- und Trinkwasser sind nicht weiter hinnehmbar. Die Populationsdichte bei fast allen Insektenarten, besonders Bienen, ist deutlich zurückgegangen. Zunehmend ist eine Verspargelung des Landschaftsbildes durch immer mehr und immer höher aufragende bedrohlich wirkende Windkraftanlagen (WKA) zu beobachten. Wiesen, Brachflächen und selbst hochwertige Felder werden mit Solarpanelen verspiegelt. Wuchtige Stromtrassen prägen und zerteilen Feld- und Waldlandschaften. Es gibt fast einen Totalverlust an Hecken und Obstbaumalleen entlang von Wegen und Feldrainen im ganzen Land.

Die

Erkenntnis zunehmend störender Belastungen der Bevölkerung und der in den wundervollen märkischen Wald- und Seenlandschaften Erholung suchenden Touristen führte im Jahr 2015 nach erfolgreichem Abschluss einer Volksinitiative (initiiert von damals 78 Bürgerinitiativen - aktuell auf 120 in Brandenburg angewachsen) zu Zusagen der mitregierenden SPD, eine Überarbeitung der Energiestrategie 2030 im Jahr 2016 vorzunehmen.

Überprüft

und verändert werden sollten demnach u.a. das Flächenziel von zwei Prozent der Landesfläche für den Ausbau von WKA – Standorten und dessen zunehmender Leistungsfähigkeit. Die großteiligen Umwandlungen von Waldflächen in Industriestandorte für WKA sowie die grundsätzliche Einführung eines Abstandskriteriums von WKA zu Wohngebäuden auch bei Repower – Maßnahmen von zehnten Mal der Höhe eines Windrades standen ebenfalls zur Diskussion.

Im

Teilflächenplan „Windenergie, Rohstoffsicherung und -gewinnung“ Uckermark-Barnim von 2016 kam lediglich die 1.000 Meter Abstandsregelung zum Tragen.

Immer mehr Menschen

erleben zunehmend die erdrückende Dominanz der von den Lobbyisten verharmlosten und völlig sinnfremd als „Windindustrieparks“ angepriesenen Industrie-standorte. Der 2015 bis 2017 den Bürgern in Aussicht gestellte Paradigmenwechsel, blieb seither eine politische Fata Morgana und war zu keinem Zeitpunkt Inhalt politischen Handelns von SPD, Linke und BündnisGrünen in Potsdam und Berlin.

Die

zunehmende Umzingelung vieler Siedlungsräume mit immer neuen WKA (von zwischenzeitlich bis zu 240 Meter Bauhöhe) verärgert zunehmend die hier lebende Bevölkerung. Nächtliche Blinklichtgewitter sowie Lärmemissionen belasten immer mehr auch politisch bisher inaktive Anwohner. Die miserablen Aussichten wirken auf deren Psyche und entfalten immer mehr in der Breite ihre fatale Wirkung auf die Volksgesundheit, was bereits zu einem Relevantseintrag bei Krankenkassen führte – dem „Windkraftsyndrom“.

Der

deutschlandweit augenfällige Stimmungswandel ist auch in Publikationen und Sendebiträgen einiger Rundfunk- und Fernsehanstalten wahrnehmbar. Zwar wird noch versucht, mit teils verharmlosenden Problemschilderungen, ohne Nachdruck auf Veränderung zu berichten, aber es mehrt sich auch hierbei der Widerspruch. Das ist selbst im Landtag in Potsdam erlebbar. Vor allem von BVB / Freie Wähler werden diesbezüglich kritische Anträge gestellt, was zu großer Verlegenheit bei den regierenden Parteien SPD und Die Linke führt. Die Rolle von Bündnis90/Die Grünen ist dabei sehr widersprüchlich.

Während der

Widerstand der betroffenen Menschen gegenüber dem ausufernden Zubau mit Windkraftwerken immer friedfertig und sachorientiert erfolgte, wurde das Sendungsbewusstsein BündnisGrüner Gefolgsleute wiederholt mit Methoden militanten Meinungsdictats auch in Brandenburg versucht. Solche Methoden lehnen die bundesweit vertretenen Bürgerinitiativen (1005) aus der Bundesvereinigung Vernunftkraft grundsätzlich ab.

Wir

meinen, dass neben einem sparsamen Ressourcenverbrauch, eine Technologieoffene Grundsatzdebatte über die zielführende Ausgestaltung der Energieversorgung in Deutschland überfällig ist. Der zunehmende Widerstand von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern ist ein deutliches Indiz dafür, dass der beschrittene Weg des derzeitigen Umbaus keine Gralslösung ist und erst recht kein Indiz dafür, dass es eine breite Zustimmung zur Deutschen Energiepolitik gäbe. Es ist somit nicht opportun, dass neue Ideen und Lösungen von den mit bis zu 24 Milliarden Euro jährlich „geförderten“, politisch bestens vernetzten Lobbyisten blockiert werden.

